

BFH-Leitsatz-Entscheidungen

Heute neu:

1. [Einkünfte aus Gewerbebetrieb: Gewerbesteuerpflicht einer vermögensverwaltenden Kapitalgesellschaft vor ihrer Eintragung ins Handelsregister](#)
Urteil vom 24.01.2017, Az: I R 81/15
2. [Gründerwerbsteuer: Bemessungsgrundlage beim Erwerb eines Grundstücks zur Errichtung einer Windkraftanlage](#)
Urteil vom 10.05.2017, Az: II R 16/14
3. [Steuerberatungsgesetz: Buchhalter nicht zur Erstellung von Umsatzsteuervoranmeldungen berechtigt](#)
Urteil vom 07.06.2017, Az: II R 22/15
4. [Verluste: Zeitpunkt der Nachversteuerung eines negativen Kapitalkontos aufgrund der Auflösung einer KG](#)
Urteil vom 30.03.2017, Az: IV R 9/15
5. [Umsatzsteuerliche Organschaft: Organisatorische Eingliederung durch Beherrschungsvertrag](#)
Urteil vom 10.05.2017, Az: V R 7/16
6. [Kapitalvermögen: Gewinnermittlung bei der Veräußerung von jungen Aktien nach Ausübung von Bezugsrechten aus sog. Altanteilen](#)
Urteil vom 09.05.2017, Az: VIII R 54/14
7. [Einkünfte aus Gewerbebetrieb: Ausbildung und Verkauf von Blindenführhunden führt zu gewerblichen Einkünften](#)
Urteil vom 09.05.2017, Az: VIII R 11/15
8. [Werbungskosten/Betriebsausgaben: Keine Mehrfachnutzung des Höchstbetrags bei zwei häuslichen Arbeitszimmern an zwei Wohnsitzen](#)
Urteil vom 09.05.2017, Az: VIII R 15/15

Urteile und Beschlüsse:

1. **Einkünfte aus Gewerbebetrieb: Gewerbesteuerpflicht einer vermögensverwaltenden Kapitalgesellschaft vor ihrer Eintragung ins Handelsregister**
Urteil vom 24.01.2017, Az: I R 81/15
Eine vermögensverwaltend tätige Kapitalgesellschaft unterliegt vor ihrer Eintragung in das Handelsregister (sog. Vorgesellschaft) der Gewerbesteuer, wenn sie in dem Zeitraum zwischen Gründung und Handelsregistereintragung (vermögensverwaltende) Tätigkeiten entfaltet, die über den Kreis bloßer Vorbereitungshandlungen hinausgehen.

2. Grunderwerbsteuer: Bemessungsgrundlage beim Erwerb eines Grundstücks zur Errichtung einer Windkraftanlage

Urteil vom 10.05.2017, Az: II R 16/14

Bei dem Erwerb eines Grundstücks zur Errichtung einer Windkraftanlage gehört eine Entschädigungszahlung, die der Käufer an den Verkäufer für An- und Durchschneidungen und ggf. notwendige Baulasten und Dienstbarkeiten auf anderen Grundstücken des Verkäufers zahlt, nicht zur Bemessungsgrundlage der Grunderwerbsteuer.

3. Steuerberatungsgesetz: Buchhalter nicht zur Erstellung von Umsatzsteuervoranmeldungen berechtigt

Urteil vom 07.06.2017, Az: II R 22/15

Die in § 6 Nr. 4 StBerG genannten Personen sind auch dann nicht zur Erstellung von Umsatzsteuervoranmeldungen berechtigt, wenn diese aufgrund des verwendeten Buchführungsprogramms automatisch erfolgt.

4. Verluste: Zeitpunkt der Nachversteuerung eines negativen Kapitalkontos aufgrund der Auflösung einer KG

Urteil vom 30.03.2017, Az: IV R 9/15

1. Ein Veräußerungsgewinn aus dem Wegfall eines negativen Kapitalkontos in Folge der Auflösung einer KG ist auch im Anwendungsbereich des § 52 Abs. 33 Satz 3 EStG (nunmehr § 52 Abs. 24 Satz 3 EStG) erst in dem Zeitpunkt realisiert, in dem feststeht, dass das negative Kapitalkonto nicht mehr durch Gewinne oder Einlageforderungen aufgefüllt werden kann.

2. Ein Tatbestandsberichtigungsantrag ist mangels Rechtsschutzbedürfnisses abzulehnen, wenn die zu berichtigende Feststellung nicht entscheidungserheblich war.

5. Umsatzsteuerliche Organschaft: Organisatorische Eingliederung durch Beherrschungsvertrag

Urteil vom 10.05.2017, Az: VR 7/16

Unterstellt eine juristische Person gemäß oder entsprechend § 291 AktG die Leitung ihrer Gesellschaft einem anderen Unternehmen, so führen die auf diesem Beherrschungsvertrag beruhenden umfassenden Weisungsrechte anders als die sich aus der Stellung als Mehrheitsgesellschafter gemäß § 46 Nr. 6 GmbHG ergebenden Weisungsrechte zur organisatorischen Eingliederung.

6. Kapitalvermögen: Gewinnermittlung bei der Veräußerung von jungen Aktien

nach Ausübung von Bezugsrechten aus sog. Altanteilen

Urteil vom 09.05.2017, Az: VIII R 54/14

Bei der Ermittlung des Veräußerungsgewinns einer Aktie, die durch die Ausübung eines Bezugsrechts erworben wurde, das von einer vor dem 1. Januar 2009 erworbenen und bereits steuerentstrickten Aktie abgespalten wurde, sind die Anschaffungskosten des Bezugsrechts entgegen der Regelung des § 20 Abs. 4a Satz 4 EStG 2009 nicht mit 0 € sondern in der tatsächlichen Höhe anzusetzen.

7. Einkünfte aus Gewerbebetrieb: Ausbildung und Verkauf von Blindenführhunden führt zu gewerblichen Einkünften

Urteil vom 09.05.2017, Az: VIII R 11/15

1. Die Betreiberin einer Blindenführhundeschule erzielt Einkünfte aus Gewerbebetrieb.
2. Eine "unterrichtende oder erzieherische Tätigkeit" i.S. des § 18 Abs. 1 Nr. 1 EStG erfordert ein Tätigwerden gegenüber Menschen.
3. Aus Art. 20a GG folgt keine über den Wortlaut hinausgehende Anwendung des § 18 Abs. 1 Nr. 1 EStG bei der Ausbildung von Blindenführhunden.

8. Werbungskosten/Betriebsausgaben: Keine Mehrfachnutzung des Höchstbetrags bei zwei häuslichen Arbeitszimmern an zwei Wohnsitzen

Urteil vom 09.05.2017, Az: VIII R 15/15

Der personenbezogene Höchstbetrag in § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6b Satz 3 EStG i.d.F. des JStG 2010 begrenzt den Abzug von Aufwendungen eines Steuerpflichtigen auch bei der Nutzung von mehreren häuslichen Arbeitszimmern in verschiedenen Haushalten typisierend auf 1.250 €